Mittag-Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 29

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung ...

Donnerstag, 12. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile ... in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 11. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die erste Berathung der **Brausteuervorlage** wird fortgesetzt.

Abg. **Grillenberger** (Soz.): Die gestrige Debatte ist in der Presse als eine akademische bezeichnet worden, man könnte sie auch eine überflüssige nennen, da wir ja noch nicht das Schicksal der Militärvorlage kennen. Ich will hier nicht bloß als sozialdemokratischer Abgeordneter, sondern auch als bayerischer Abgeordneter sprechen. Schon jetzt wird nahezu ein Zehntel des gesammten Arbeitereinkommens auf indirekte Steuern verbraucht, und diese Summe vermehrt sich um ein beträchtliches durch die Brausteuer. Man rechnet im Volke nicht nur, daß das Seidel um 1 Pf. vertheuert wird, sondern um einen höheren Betrag, da der Konsument den Gewinn des Brauers und des Zwischenhändlers tragen muß. Danach würde eine Mehrbelastung für die Arbeiterfamilie von 30 M. jährlich entstehen. Man räth den Brauern, das Bier dünner einzubrauen, dadurch würde es doch aber an Gehalt verlieren. Die Brauer würden den Verlust nicht tragen, sondern auf den Konsumenten z. B. durch Verringerung des Maßes abwälzen; diese Last würden namentlich die weniger bemittelten Klassen zu tragen haben. Wir halten die indirekten Steuern für verwerflich, zumal bei Nahrungsmitteln, welche hauptsächlich von der ärmeren Bevölkerung verzehrt werden. Dem Bier aber wird doch eine nährende Wirkung beigelegt. Und dabei ist nicht einmal die Verwendung von Surrogaten verboten. Das wird eine weitere Verschlechterung des Bieres zur Folge haben. Die Schilderung von den Gewinnen der Brauer ist durchaus übertrieben. Der Abg. Rösicke hat berechnet, daß die Bayern auch bei weniger Verdienst existiren können, weil in jedem Lokal mehr getrunken wird. Seine Berechnung über die Frequenz der Bierlokale in München ist falsch, denn er hat vergessen, daß die Bayern schon an sich mehr Raum einnehmen. (Heiterkeit). Man schildert die bayerischen Verhältnisse als barbarische. Auch da giebt es sehr hübsch ausgestattete Lokale, die hinter den norddeutschen nicht zurückstehen, und in denen das halbe Liter Bier nur 15 Pf. kostet. Dazu kommt, daß in Bayern der Wirth seine Kellner bezahlt, was hier nicht geschieht. Abg. Rösicke hat den Interessenstandpunkt des Kapitalisten vertreten. Aus seiner Rede ging deutlich hervor, daß nach der Steuererhöhung die Kapitalisten, um ihren Profit nicht zu schmälern, den Arbeitslohn verkürzen werden. Der Profit darf ja nicht geringer werden, es muß eine möglichst hohe Dividende und Tantieme erzielt werden. Die Lohnverhältnisse sind noch weit schlechter als sie Abg. Rösicke geschildert hat, und sie werden nach der Brausteuererhöhung noch schlechter werden. Es wird ebenso werden wie in München, wo die hohe Steuer auf die Brauereiarbeiter abgewälzt werde, die als weiße Sklaven behandelt werden und deren Arbeitskraft vollständig ausgesaugt wird. So werden es auch in Norddeutschland die Brauerbarone machen, wenn die Steuer hier erhöht wird. In Bayern hat nun trotzdem ein freisinniger Abgeordneter den Vorschlag gemacht, den provisorischen Malzaufschlag zu einem dauernden zu machen. Das ist bezeichnend für die Zustände in der freisinnigen Partei. Der Minister v. Riedel ist seinem Kollegen dem Staatssekretär v. Maltzahn in Steuererhöhungen noch über, das hat er in Bayern gezeigt. In Folge der Erhöhung des Malzaufschlages in Bayern haben auch die Münchener Brauereien die Ausschankpreise erhöht, nur das Hofbräuhaus nicht. Aber Kenner und Stammgäste des Hofbräuhauses konnten konstatiren, daß das Bier seitdem merklich dünner geworden sei. (Heiterkeit.) Es ist nicht richtig, daß Bayern von dieser Vorlage nicht betroffen wird, nach meinen Berechnungen wird dort eine Mehrbelastung von etwa 12 Millionen erfolgen. Wenn nun in Bayern die Zeit der Ueberschüsse vorbei sein wird, so wird der Ausfall, der durch diese Mehrbelastung entsteht, auf andere Weise gedeckt werden müssen, durch abermalige Erhöhung der Biersteuer oder durch eine neue direkte Steuer. Das bayerische Finanzwesen baut sich eben zu seinem Schaden auf der Brausteuer auf. Seit der Erhöhung der Steuer ist in Bayern ein Rückgang des Bierkonsums eingetreten, und in vielen Landkreisen ist auch der Preis des Bieres ein größerer geworden. Die Wirthschaften, wo man das halbe Liter zu 10 Pfennigen erhält, werden immer seltener. Warum zieht man gerade die Brauereiindustrie zu den Lasten der Militärvorlage zu und nicht die Eisenindustriellen, die so patriotisch sind und im Ausland billiger verkaufen als im Inlande. Warum zieht man nicht die Zuckerindustriellen heran? Führen Sie doch eine Einjährigfreiwilligensteuer ein, denn die gutsituirten Eltern ziehen aus der kurzen Dienstzeit ihrer Söhne einen erheblichen Gewinn, und man könnte einen Betrag von 10 bis 15 Millionen erhalten. Heben Sie doch die Liebesgaben für die Branntweinbrenner auf, und wälzen Sie nicht immer alle Lasten auf die große Masse ab. Diejenigen Herren, die so sehr für die Vermehrung des Militärs schwärmen, können die Kosten aus eigener Tasche bezahlen. Wir bewilligen keinen Groschen für Militär und keinen Groschen für eine Biersteuer. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bayerischer Finanzminister Frhr. **v. Riedel**: Es handelt sich hier um eine Steuer für die norddeutsche Brausteuergemeinschaft, und alle Redner beschäftigen sich mit Bayern, und zwar bloß deshalb, weil ich gestern einige unrichtige Angaben rektifizirt habe. Die Debatte beweist, wie falsch es ist, einige Ziffern herauszugreifen und daraus allgemeine Schlüsse zu ziehen. Als ich den ersten Theil der Rede Grillenberger hörte, glaubte ich, daß er sagen würde: Wir Bayern sind doch bessere Menschen, als ihr glaubt! (Heiterkeit). Aber nein, er sagte das Gegentheil (Heiterkeit.) Trotz der hohen Steuer kostet im größten Theil Bayerns das Liter Bier nur 20 Pfennige. Was ich an Zahlen angeführt habe, beruht auf amtlichen Erhebungen. Vor Einführung des Malzaufschlags in Bayern betrug der Preis für das Liter in München 26 Pfennige und sank nach Einführung der Steuer auf 24 Pfennige; erst vor einigen Jahren wurde der Preis wieder heraufgesetzt. Das Bier ist auch seitdem nicht schlechter geworden, sondern eher besser. Das Publikum ist doch der beste Richter, und es wird im Hofbräuhaus heute noch mehr getrunken als früher (Heiterkeit). Der Rückgang des Konsums ist nicht in dem Maße erfolgt, wie vielfach dargestellt wird. Diese unrichtige Anschauung entsteht aus der Gegenüberstellung nicht zu vergleichender Zahlen. Die Schwankungen in der Höhe des Konsums sind unabhängig von der Steuer, denn in einigen Jahren vor Einführung der Steuer in Bayern wurde weniger getrunken als später. Abg. Grillenberger stellt es so dar, als ob das bayerische Finanzwesen auf schlechter Grundlage beruhte. In den 30 Jahren, wo ich Finanzminister bin, war ich immer bestrebt, die kleinen Leute zu schonen und die direkten Steuern sind für diese auch nicht um einen Pfennig erhöht worden.

Staatssekretär Frhr. **v. Maltzahn**: Die Unterlassung eines Verbots von Surrogaten in diesem Gesetze ist darum erfolgt, weil man in die bestehenden Verhältnisse nicht tiefer eingreifen wollte, als unbedingt nothwendig war.

Abg. **Moeller** (natl.): Die Begründung der Vorlage ist eine oberflächliche. Vor Allem ist vergessen, daß ein Viertel alles in der norddeutschen Brausteuergemeinschaft gebrauten Bieres obergähriges ist, das ganz differentiell behandelt werden muß und eine hohe Steuer nicht verträgt. Die gegenwärtige Lage der Brauereien ist eine höchst ungünstige, und die Rentabilität ist fortdauernd im Rückgang begriffen. Daher ist gerade der jetzige Moment zu einer Steuererhöhung am allerwenigsten geeignet. Es ist um so weniger angethan, auf die Brausteuer einzugehen, als wohl darüber kein Zweifel herrscht, daß die Militärvorlage nicht in vollem Umfange bewilligt wird. Während ich die bisherigen Bemerkungen für mich persönlich gemacht habe, kann ich im Namen meiner politischen Freunde den Antrag auf Verweisung der Vorlage an die Militärkommission stellen. Denn das Schicksal der Brausteuer steht mit dem der Militärvorlage in enger Verbindung.

Staatssekretär Frhr. **v. Maltzahn** betont, daß es sich bei den Zahlen in der Begründung nur um untergährige Biere handele. Die Zahlen sind ganz richtig und decken sich auch mit den in „Freis. Ztg." angegebenen Zahlen.

Abg. Dr. **Bachem** (Ztr.): Aus der Statistik ergiebt sich, daß die Zahl der kleinen Brauereien zurückgegangen ist, während sich die Zahl der Kolossalbetriebe gesteigert hat. Diese Entwickelung des Brauereibetriebes ist eine höchst unerfreuliche. Unter diesen Umständen wäre gerade ein Steuersystem angebracht, das die kleinen Brauereien begünstigt und somit den Mittelstand kräftigt. Die Vorlage aber läßt jeden sozialpolitischen Gesichtspunkt vermissen, und es wird nichts gethan, um die Entwickelung der Großbetriebe hintanzuhalten. Der Mittelstand ist der gesundeste und kernigste Theil unserer Bevölkerung, und seine Erhaltung liegt im Staatsinteresse. Der Mittelstand ist gewissermaßen der Puffer zwischen Großkapital und Arbeiter. Meine Partei hat es sich zur Aufgabe gestellt, den Mittelstand zu erhalten, während die Sozialdemokraten die Proletarisirung wollen. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Das ist nicht wahr!) Das sagen Sie ja bei jeder Debatte. Wenn einmal eine Biersteuer sein soll, warum sagt man denn nicht: die kleineren Brauereien zahlen 5 Mark, die mittleren 8 Mark, die größeren 10, 12, 15 Mark und so fort, je größer die Brauerei, einen desto höheren Steuerbetrag hat sie zu zahlen. Es muß ein Gesetz geschaffen werden können, daß im Interesse des Mittelstandes die Industrie verhindert wird, eine gewisse Ausdehnung zu überschreiten. Der vorliegende Entwurf aber schädigt gerade den Mittelstand. Die kleinen Brauereien befinden sich in der mißlichsten Lage. Sie brauen das leichte Bier für den Landarbeiter und werden, um die Steuererhöhung zu ertragen, das Bier nicht noch leichter machen können. Eine Biersteuer darf nur dann bewilligt werden, wenn es absolut nothwendig ist, und wenn alle anderen Steuern nicht ausreichen.

Abg. **Brömel** (df.): Dr. Bachem hat den genialen Gedanken in die Debatte geworfen, daß man gesetzlich die Entwickelung der Großindustriellen hindern müsse. Nach seinem Vorschlage würde es dazu kommen, daß niemand durch Fleiß und Sparsamkeit seinen kleinen Betrieb zu einem großen auszugestalten vermöge. Wir können diesen Gedanken dem Abg. Bachem überlassen. Die Ausführungen des Abg. Grillenberger über anderweitige neue Steuern schließen sich eng an die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs an. Danach wird der Grundsatz aufgestellt: Nimm, wo du was kriegen kannst. Die ganzen Motive der Vorlage laufen darauf hinaus, daß der Konsum die Mehrbelastung nicht tragen werde, und daß eine etwaige Abwälzung auf den Konsumenten unberechtigt sei. Wie will man das hindern? Die Brausteuer ist keine Verbrauchssteuer, sondern eine Gewerbesteuer, und ich bestreite, daß das Reich das Recht hat, so hohe Gewerbesteuern zu erheben. Man nimmt einen Artikel beliebig heraus und sagt, der muß bluten. Eine solche Politik ist nicht mehr eine staatsmännische, sondern eine Politik der Wegelagerei (Vizepräsident Dr. **Baumbach** bezeichnet diesen Ausdruck als parlamentarisch unzulässig). Die Durchschnittsdividende der 88 Aktienbrauereien betrug etwas über 5 Proz., also eine ganz normale Verzinsung. Wenn nun die vorgeschlagene Steuererhöhung nur zum Theil von den Brauereien getragen wird, so sinkt die Dividende selbst unter den gebräuchlichsten Zinsfuß für sichere Anlagen. Man behauptet, daß auf den Schankwirth der Konsum abgewälzt werden kann, da er einen ungebührlich hohen Gewinn hat. Diese Behauptung ist durchaus unrichtig. Verdient wird noch an vielen Artikeln weit mehr. Aber man vergißt, daß der Schankwirth bei uns an den Speisen fast nichts verdient und eben die Unkosten dafür durch angemessene Getränkepreise herausschlagen muß. Wird nun die Steuererhöhung auf den Schankwirth abgewälzt, so wird dieser den Bierpreis erhöhen müssen. Will oder kann er das nicht, so wird er einfach die Preise für die Speisen erhöhen, und dadurch wird der Verkauf von Nahrungsmitteln beschränkt. Dazu kommt, daß ein großer Theil des Verkehrs sich nicht auf dem Wege des Zwischenhandels bewegt, sondern daß der direkte Verkehr zwischen Brauerei und Publikum stetig zunimmt. Also der Schankwirth wird die gesammten Kosten nicht tragen. Es ist zweifellos, daß in einer Reihe von Jahren die Belastung auf die Konsumenten abgewälzt wird. Bei der Branntweinsteuer hat man diese wirthschaftspolitischen Gesichtspunkte berücksichtigt und darum die Liebesgabe geschaffen. Hier aber sagt man: Ja, Bauer, das ist etwas Anderes. (Sehr gut! links.) Warum schafft man nicht die Liebesgabe ab, wenn man Geld braucht. Warum besteuert man gerade das Bier, während der einheimische Wein und namentlich Schaumwein von jeder Steuer frei bleibt. Das ist doch eine harte Ungerechtigkeit, um so mehr, als das Bier das Getränk der ärmeren, der Wein das Getränk der besser situirten Klassen ist. Die Vorlage sollte ohne Kommissionsberathung einfach abgelehnt werden. (Beifall links.)

Abg. **Böckel** (Antis.): Als ausgesprochene Gegner der Militärvorlage sind wir auch Gegner diese Vorlage, nicht weil wir besondere Sympathien für die großen Brauereien haben. Im Gegentheil, wir bedauern diese Entwickelung der Brauereiindustrie, die diese eben in die Arme des Börsenschwindels getrieben hat. Der Rückgang in den Dividenden liegt nicht in der mangelhaften Rentabilität der Industrie selbst, sondern in der hetzenden Konkurrenz, in dem Mammonismus, dem Kennzeichen unserer Zeit. Uebrigens zahlen viele Brauereien, die gut geleitet werden, recht schöne Dividenden. Die Vorlage schädigt vor Allem die kleineren Brauereien. Aus Zuschriften von Brauereibesitzern geht hervor, daß die Brauereien unter allen Umständen die Konsumenten in Mitleidenschaft ziehen werden. Das können wir im Interesse des Volkes nicht zugeben. Dazu kommt, daß die Brausteuer auch die Landwirthschaft schädigen würde, die schon durch die Handelsverträge genügend benachtheiligt ist. Durch die Handelsverträge ist die Einfuhr von böhmischer und ungarischer Brauergerste gestiegen. die Brausteuer würde eine weitere Steigerung billiger ausländischer Gerste verursachen. Neben den Konsumenten wird der Landmann bluten müssen. Staat und Gesellschaft arbeiten darauf hin den Mittelstand zu ruiniren, und auch die Vorlage trägt diesen Charakter. Während die Viehpreise gesunken sind, sind die aus der Brauerei bezogenen Futterartikel im Preise gestiegen, und das wird bei Erhöhung der Brausteuer in noch weit höherem Maße der Fall sein.

Abg. **v. Gerlach** (dk.): Meine politischen Freunde haben gegen die Vorlage ernste Bedenken. Meine politischen Freunde wünschen aufs dringendste, daß eine Verständigung über die Militärvorlage erreicht wird. Wenn diese Verständigung erreicht wird, so müssen wir zur Ausführung des Gesetzes die erforderlichen Mittel bewilligen. Wir hätten gewünscht, daß die Deckung der Ausgaben durch andere Steuern stattgefunden hätte. Insbesondere glauben wir, daß die Börsensteuer noch weit höher geschraubt werden kann als dies in der betreffenden Vorlage geschieht. Können wir aber ohne Brausteuer nicht auskommen, so dürften die Brauereien die Last nicht tragen, da das der Ruin der kleinen und mittleren Brauereien wäre. Ich war erstaunt, in den Motiven die Behauptung zu lesen, daß die Abwälzung der Steuer auf das Publikum ungerecht wäre. Das Publikum kann die kleine Erhöhung des Preises wohl ertragen. Werden dabei die obergährigen Brauereien noch begünstigt, so wird gerade dadurch das Interesse der unbemittelten Konsumenten geschützt. Der größte Theil meiner Partei wird für die Vorlage, falls sie überhaupt nothwendig sein sollte, stimmen, jedoch nur, wenn der Nachweis erbracht wird, daß die Abwälzung auf den Konsumenten möglich ist. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Rösicke** erklärt in persönlicher Bemerkung gegenüber dem bayerischen Finanzminister, daß seine Zahlen durchaus richtig seien und auf amtlichem statistischen Material beruhen. Er werde die Richtigkeit in der zweiten Lesung beweisen, von der er aber hoffe, daß sie nicht stattfinden werde. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Vorlage an die Militärkommission verwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr. (Sozialdemokratische Nothstands-Interpellation, Branntweinsteuervorlage) Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 11. Januar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die **Verbesserung des Volksschulwesens** und des Diensteinkommens der Volksschullehrer wird fortgesetzt.

Abg. **Rickert** (df.): Ich bin zwar gegen die Vorlage eingeschrieben, bin aber nicht ein Gegner der Vorlage im Sinne des Abg. v. Minnigerode, mit dem ich in Schulfragen nach keiner Richtung hin übereinstimme; ich stehe dem Abg. Hobrecht viel näher. Der Kultusminister hat gestern sein Amt ein dornenvolles genannt, und die gestrige Debatte hat diese Bezeichnung gerechtfertigt, denn danach wäre dem vorliegenden Entwurf kein günstiges Prognostikon zu stellen. Der Antrag auf Ueberweisung des § 1 an die Steuerkommission bedeutet die schroffste Ablehnung des Gesetzes überhaupt. Ich kann mich mit diesem Antrage nicht einverstanden erklären. Es ist ganz richtig, daß ein Volksschulgesetz vorläufig nicht zu Stande kommt, vor den Neuwahlen zum Abgeordnetenhause darf ein solches Gesetz nicht vorgelegt werden. Mit der Ansicht des Abgeordneten v. Minnigerode, daß ein Dotationsgesetz nur im Rahmen eines großen Volksschulgesetzes erlassen werden dürfe, kann ich nicht harmoniren. Wir kennen ja die Elastizität der konservativen Partei und ihre Neigung, rasch Frontwechsel vorzunehmen. Und ein solcher Frontwechsel hat jetzt stattgefunden, denn noch vor wenigen Jahren hat Abg. v. Jagow Namens der konservativen Partei den Erlaß eines Dotationsgesetzes thunlichst bald gefordert. In sehr vielen Fällen haben die Konservativen die Nothwendigkeit anerkannt, das Volksschulwesen finanziell zu regeln. Ein Dotationsgesetz muß erlassen werden, es ist unbedingt nothwendig zur Erhaltung unseres Volksschulwesens auf der bisherigen Höhe. Das Volksschulwesen aber hat für uns dieselbe Bedeutung wie die Armee. Der vorliegende Entwurf hebt das Gesetz vom 26. Mai 1887 auf. Unsere Befürchtungen, die wir damals aussprachen, sind eingetroffen, der heutige Kultusminister bezeichnet das Gesetz als ein schlechtes. Der frühere Kultusminister v. Goßler brachte 1887 das Gesetz nicht aus eigener Initiative ein, sondern nur im Auftrage des Fürsten Bismarck, der das Gesetz durchaus haben wollte. Wir werden noch lange unter den Folgen jener Diktaturperiode zu leiden haben. Wenn auch wir für die Aufhebung dieses Gesetzes stim-

men, so geschieht dies wesentlich nicht aus Feindschaft gegen die Selbstverwaltung, sondern weil das Gesetz von 1887 lediglich der Willkür allen Spielraum läßt. Willkür ist aber nicht Selbstverwaltung. Für die letztere müssen feste Normen maßgebend sein, und wir würden vor allem wünschen, daß solche gesetzlichen Normen für die Dotation bezüglich des Volksschulwesens in dem Kultusetat unter Aufhebung des Dispositionsfonds aufgestellt werden Das Gesetz von 1887, das zu vielen Mißständen Anlaß gegeben hat, muß aufgehoben werden, und wenn der Kultusminister genügendes Material geben wird, in welchem gezeigt wird, wie groß die hervorgerufenen Mißstände sind, dann wird sich wohl Niemand einer Reform widersetzen. Das Gesetz von 1887 war ein Gelegenheitsgesetz schlimmster Art, das ebenso wie die Polengesetze sehr schädlich gewirkt hat. Die Statistik von 1891 bietet ein erschreckendes Bild über die Mißstände im Volksschulwesen. Die Lehrer verdienen eine Aufbesserung. Aber es ist doch etwas Ungewöhnliches, daß zu diesem Zwecke ein Dispositionsfonds dauernd gesetzlich festgelegt wird. Wenn die Nothwendigkeit einer Aufbesserung so groß ist, warum will man bis 1895 warten? Es muß sofort geholfen werden. Namentlich betreffs der Schulbauten muß mehr gethan werden, da die Kreisausschüsse in dieser Hinsicht ihre Pflicht nicht thun. In Kyritz z. B. hat der Kreisauschuß, obwohl aus der lex Huene ein Ueberschuß von 30 000 Mark zur Verfügung stand, die Errichtung eines neuen Schulgebäudes, das nur 12 000 Mark kosten sollte, entschieden abgelehnt, trotzdem das alte Gebäude bereits gänzlich verfallen ist. Hier muß die Regierung entschieden eingreifen. Auch die Lehrer bedürfen einer Besserstellung. Ich bin mit Herrn Frhrn. v. Minnigerode einverstanden, daß auch die Beamten einer Aufbesserung bedürftig sind, aber ich muß bestreiten, daß die Lehrer weit mehr bekommen haben als die Beamten. Es handelt sich hier nur um ein paar Millionen, und die will man nicht einmal bewilligen, während man am anderen Ende der Leipziger Straße ruhigen Herzens 70 Millionen neue Steuern fordert. Die Reichsregierung berücksichtigt bei ihren Geldforderungen nicht die Verhältnisse Preußens, des klassischen Landes der Volksschulen. Die Statistik zeigt namentlich in katholischen Gegenden hinsichtlich der Ueberfüllung der Schulklassen und der Ueberbürdung der Lehrer erschreckende Zahlen. Es muß hier geholfen werden. Man sollte nicht die ganze nationale Leistungsfähigkeit auf die Armee konzentriren und die Volksschule als Aschenbrödel behandeln. So lange die gegenwärtige Majorität hier herrscht, können wir freilich nicht daran denken, ein gutes Volksschulgesetz zu machen. Unser Bestreben aber muß es sein, unsere Volksschule auf ihrer Höhe zu erhalten. (Beifall links.)

Abg. **v. Jazdzewski** (Pole): Ich stimme dem Vorredner darin bei, daß eine gesetzliche Regelung des Volksschulwesens erfolgen muß. Die gegenwärtigen Mißstände rühren aber bei uns zum großen Theil von der Unterdrückung der Volks- und Muttersprache her. Ich bedauere, daß die Regierung dem Verlangen des Volkes nicht entgegenkommt, und daß ein Systemwechsel in dieser Beziehung nicht vorauszusehen ist. Das System, auf dem unsere ganze Unterrichtsverwaltung aufgebaut ist, ist falsch, und es wird keine Besserung eintreten, bevor nicht dieses System geändert wird. Was die Beihilfen zu Schulbauten betrifft, so sind wir bereit, die hierfür geforderte Summe zu bewilligen. Wenn in katholischen Gegenden die Verhältnisse des Volksschulwesens sich in den letzten Jahren verschlechtert haben, so liegt das nicht an den Katholiken, sondern an der Gesetzgebung von 1887 und an dem Verhalten der Regierung gegen die Katholiken. In den Ansiedelungsgebieten wird für 15 bis 20 evangelische Schüler gleich eine Schule errichtet, während die katholische Bevölkerung leer ausgeht. Die katholisch-polnische Bevölkerung wird fortgesetzt in einer Täuschung erhalten, indem man ihr unsubstanzirte Versprechungen bezüglich der Beseitigung des Falk-Goßlerschen Systems macht. Möge der Kultusminister einmal mit der Sprache herausrücken und sagen, ob er auf diesem System ein für allemal beharren will, damit wir uns danach einrichten können. Wir verlangen natürlich nach wie vor Beseitigung des Falk-Goßlerschen Systems. Aber selbst die kleinen Bruchstücke von Zugeständnissen, die man uns gewährt, werden nicht ausgeführt. Hat nicht neulich ein Kreisschulinspektor in Posen den Sprachenerlaß des Ministers eigenmächtig eingeschränkt? Das ist doch ein Eingriff in die Rechte des Ministers. Wir müssen auch entschieden die Macht des Staates über die Schulen bekämpfen. Nicht der Staat, sondern Kirche und Schule haben hier das erste Wort zu sprechen. Würde der Staat sich nicht in der Weise einmischen, dann würden sich die Gemeinden auch eher geneigt zeigen, für die Schulen mehr zu thun. Daß das Schulwesen von den Gemeinden bei uns unter dem jetzigen System vernachlässigt wird, ist bedauerlich, aber ebenso begreiflich.

Kultusminister Dr. **Bosse**: An dem Erlaß über den polnischen Privatunterricht halte ich fest. Aber selbst dieser Unterricht ist vielfach mißbraucht worden. Die Polen ziehen deutsche Kinder in ihren polnischen Unterricht hinein. (Widerspruch bei den Polen) Es giebt unter ihnen Leute, die zwar polonisiren, aber über Germanisirungsversuche klagen. Die polnische Agitation hat zugenommen statt abzunehmen. Der Standpunkt der preußischen Regierung bezüglich des Sprachunterrichts ist der: Die Provinz Posen ist eine preußische Provinz; die Schule hat die Aufgabe, die Bevölkerung dieser Provinz dahin zu bringen, daß sie die Sprache ihres Landes, die Amtssprache beherrscht. Das bisherige System hat nach den Erfahrungen, die ich bei meiner Reise gemacht habe, sehr viel bessere Ergebnisse gehabt als wir hoffen durften. Der Vorwurf, die Kinder würden lediglich dressirt, trifft nicht zu Ich habe nirgends eine geistlose Methode gefunden. Die Kinder beantworteten meine Fragen verständig und verständlich. Mit dem Moment, wo wir das Polnische obligatorisch einführen, wird nicht nur der Eifer der Lehrer erlahmen, das Polnische hat das Hauptgewicht, das Deutsche fällt daneben. Wenn sich jetzt die polnische Agitation selbst bis nach Oberschlesien, das niemals zu den polnischen Landestheilen gehört hat, erstreckt, dann wird niemals ein preußischer Kultusminister es verantworten können, das Polnische zu stärken. Ich gebe zu, daß in der Zuweisung der polnischen Kinder zum deutschen Religionsunterricht zu stramm vorgegangen wird. Indeß sollen etwaige Mißgriffe geändert werden. Ich will keinen falschen Zwang, keinen Gewissenszwang in Religionssachen. Nach dieser Richtung will ich thun, was ich irgend mit meinem deutschen Gewissen verantworten kann. Im Uebrigen hat unser System gut gewirkt, und ich bin nicht gesonnen, dies System zu verlassen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Knörcke** (dfr.): Was uns die Vorlage bietet, bleibt weit hinter unseren Erwartungen zurück. Auch das Bild, welches die Begründung der Vorlage vom Schulwesen giebt, ist nichts weniger als erfreulich. Auch die Richtigkeit der Ausführungen des Freiherrn von Minnigerode muß ich durchaus bestreiten. Die Alterszulagen, auf die immer hingewiesen wird, um die Lage der Lehrer als besonders günstig darzustellen, werden den Lehrern erst nach zehn Jahren ausgezahlt. Gewiß muß auch für die übrigen Beamten etwas geschehen, aber nach der Bildung der Lehrer und der Wichtigkeit des Amtes der Lehrer stehen diese hinter den übrigen Beamten noch weit zurück Die Lehrer haben nicht die Stellung, welche ihnen nach ihrer Bedeutung gebührt; sie stehen vielfach den Chausseeaufsehern gleich. Dagegen hat häufig ein ganz einfacher Beamter, ein gewesener Unteroffizier, das Doppelte an Gehalt. In den übrigen deutschen Ländern stehen die Lehrer weit besser, so daß wir weit ins Hintertreffen gekommen sind. Bezüglich meiner Stellung zur Vorlage schließe ich mich den Ausführungen des Abg Rickert an. Ich habe das Vertrauen zum Minister, daß er alles thun wird, was zur Hebung des Lehrerstandes nothwendig ist. Die Aufhebung des Gesetzes vom Jahre 1887 halte auch ich für durchaus nothwendig. Ein schlimmeres und für die Entwickelung unseres Volkslebens verhängnißvolleres Gesetz hat es noch nicht gegeben. Freudig erkenne ich den Vorzug der Begründung an, welche mit voller Offenheit und Ehrlichkeit die Schäden unserer Volksschule darlegt. Allem, was hier ausgeführt ist, muß ich durchaus zustimmen. Ich bin der Letzte, der der Gemeinde ihren Einfluß auf die Schule rauben möchte, aber dem Staat muß doch in letzter Instanz die Erledigung wichtiger Schulfragen zufallen. Die Schulbureaukratie hat in der That das Meiste für die Schule geleistet. Herr v. Minnigerode hat das Zustandekommen eines Volksschulgesetzes gewünscht. Nach einem Schulgesetz, das von einem Hause gemacht wird, an dessen Spitze Herr v. Minnigerode steht, habe ich kein Verlangen. Sollte das vorliegende Gesetz nicht angenommen werden, dann wird ernste Mißstimmung unter den Lehrern entstehen und es kann nicht ausbleiben, daß sich viele Lehrer der sozialdemokratischen Bewegung anschließen. Daraus könnten doch sehr bedenkliche Folgen für unser Schulwesen entstehen. Wir wollen versuchen, in der Kommission zu einer Verständigung zu kommen.

Abg. Dr. **Würmeling** (Ztr.): Wir erkennen die Thätigkeit der Volksschule durchaus an und sind deshalb bereit, alles zu bewilligen, was sie verlangen kann. Der § 1 dieses Gesetzes widerspricht jedoch zweifellos den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes. Wir können den Dispositionsfonds nicht abermals erneuern, weil wir es vielmehr für unsere Aufgabe halten, Ordnung in den Kultusetat zu bringen. Er freut mich, daß gestern der Abg. v. Minnigerode mit großem Nachdruck ein Volksschulgesetz gefordert hat. Der Minister hat gemeint, er könne jetzt kein solches Gesetz einbringen, um nicht die Geister zu erregen. Die positiv-konfessionellen Kreise sind noch immer auf das Tiefste erregt, nachdem die Regierung im vorigen Jahre ihr Volksschulgesetz, das die Mehrheit im Hause hatte, zurückgezogen hat. (Sehr gut! rechts.) Bei so wichtigen Fragen kann die Erregung der Geister uns nicht hindern. Die freisinnige Partei kämpft sonst für Selbstverwaltung, jetzt sieht sie nur das Ideal der Besserung der Lehrergehälter und des Schulwesens und vergißt auf ihre Stellungnahme für die Selbstverwaltung. Das ist doch kein einheitlicher politischer Standpunkt. Auch die völlige Verurtheilung des Gesetzes vom Jahre 1887 trifft nicht zu; denn seine Vortheile sind doch nicht zu verkennen. Im übrigen bitte ich, § 1 der Steuerkommission zu überweisen. Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Enneccerus** (ntl.): Grade die Lehrerkreise sind ein festes Bollwerk gegenüber der Sozialdemokratie. Die Gehälter der Lehrer sind auf dem platten Land wie in den Städten äußerst mäßige. Selbst die Lehrer, welche bereits lange Zeit im Amt sind, sind sehr gering besoldet. Der Hinweis auf die Beamten ist sehr unglücklich; denn durch Aufbesserung der Lehrergehälter werden die Beamten doch nicht geschädigt. Wer bei den Lehrern auf die Beamten hinweist und bei den Beamten auf die Lehrer, hilft keinem von beiden. Die Einbringung eines Volksschulgesetzes würde ich für absehbare Zeit für einen schweren Fehler halten. Die Zurückziehung des Volksschulgesetzes war ein wirkliches Werk des Friedens, und ich hoffe, dabei wird es vorläufig bleiben. Wenn § 1 an die Steuerkommission verwiesen wird, wird eine Einigung über die übrigen Theile des Gesetzes kaum erzielt werden können, ja das ganze Gesetz läuft Gefahr, in der Kommission begraben zu werden. Die Mitwirkung der Steuerkommission ist doch nur für die Feststellung der für die Gehaltsaufbesserung nothwendigen Summe erforderlich. In diesem Punkt könnte ja die Kommission auf irgend eine Weise mitwirken. Ich bitte deshalb, das ganze Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.) hält den Antrag, § 1 der Steuerkommission zu überweisen, aufrecht.

Abg. Frhr. **v. Minnigerode** (kons.) verwahrt sich dagegen, als ob er die Vorlage in der Kommission begraben wissen wolle.

Die Erörterung wird hierauf geschlossen. § 1 wird der Steuer-Kommission zur Vorberathung überwiesen; die übrigen Paragraphen werden demnächst im Hause berathen werden.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote in der evangelisch-reformirten Kirche der Provinz Hannover wird ohne Erörterung in dritter Lesung angenommen.

Ebenso wird der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung von Stolgebühren im Bezirk des Konsistoriums zu Kassel in zweiter Berathung debattelos angenommen.

In der ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Vorsitz im Kirchenvorstande der katholischen Kirchengemeinde in dem Geltungsbereiche des rheinischen Rechts erklärt sich

Abg. Dr. **v. Cuny** (natl.) gegen die Vorlage, für die kein Bedürfniß vorhanden sei. Bisher hätten stets Laien den Vorsitz im Kirchenvorstande geführt.

Abg. Dr. **Lehmann** (Ztr.) bittet, die Vorlage anzunehmen, welche aus der im vorigen Jahre angenommenen Resolution entsprungen sei.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.): Der Vorsitz im Kirchenvorstand gebührt prinzipiell dem Pfarrer. Außerdem haben sich die katholischen Gemeinden dafür entschieden. Deshalb werde ich für die Vorlage stimmen.

Abg. **Rören** (Ztr.) befürwortet die Vorlage, welche einen Rest aus dem Kulturkampf beseitigen wolle und einen Wunsch der gesammten Katholiken in Rheinland erfülle.

Abg. Dr. **v. Cuny** weist nochmals darauf hin, daß es sich bei den bestehenden Zuständen um uralte Einrichtungen handle, die sich durchaus bewährt hätten.

Abg. **Dautzenberg** (Ztr.) bittet um unveränderte Annahme der Vorlage.

Abg. **Dr. Jazdzewski** (Pole) spricht sich für die Vorlage aus und bemängelt, daß die Kirchenvorstände in der Provinz Posen in allen Fällen mit den staatlichen Behörden in deutscher Sprache verkehren müßten, was nicht immer durchzuführen sei, da in manchen Kirchenvorständen gar keine Deutschen säßen. So werde die politische Frage selbst in die Gemeindevertretungen hineingetragen.

Kultusminister **Dr. Bosse**: Ich stehe in der Frage des Sprachgebrauchs auf demselben Boden wie mein Amtsvorgänger. Ich muß auf das Schärfste der Behauptung widersprechen, daß wir die politische Frage in die Kirchenvorstände hineintragen. (Beifall rechts.) Im Gegentheil, die Polen vergessen vielfach, daß in Posen auch Deutsche wohnen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Von dem versöhnlichen Sinn des neuen Erzbischofs in Posen ist zu hoffen, daß er Polen und Deutsche gleichmäßig behandeln wird. Vielleicht kommen wir mit ihm zu einem verständigen Abkommen.

Abg. **Schmidt** (Warburg, Ztr.) bemerkt, daß man sich nicht auf französische Gesetze berufen dürfe, sondern daß man in Deutschland nach deutschen Gesetzen sich zu richten hätte. Deshalb seien Ueberbleibsel aus der französischen Fremdherrschaft zu beseitigen.

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ztr.) plaidirt für Annahme des Gesetzes im Interesse der rheinischen Katholiken.

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** erwidert dem Minister, daß von polnischen Agitationen und Machinationen nicht die Rede sein könne und daß die deutschen Katholiken Posens von den polnischen stets berücksichtigt würden. Die deutschen Katholiken seien unter dem Schutze der Polen besser aufgehoben als unter dem der Regierung.

Kultusminister Dr. **Bosse**: Zweifellos besteht in Posen eine große national-polnische Agitation, welche die Sprachenfrage für ihre Interessen benutzt. Dem gegenüber muß ich die Rechte des Staats und des Deutschthums wahren. (Beifall rechts)

Damit schließt die Erörterung. Die zweite Lesung findet im Plenum statt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. (Entgegennahme von Vorlagen der Regierung. Kleinere Gesetzentwürfe.) Schluß 3¾ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin,** 11. Jan. In der Polenpolitik der Regierung, soweit sie die Schulfrage betrifft, bereitet sich offenbar eine bemerkenswerthe Wandlung vor. Die Mißstände, die sich durch den polnischen Agitationseifer bei der Ertheilung des polnischen Privatsprachunterrichts herausgebildet haben, mußten ein kräftiges Einschreiten allerdings nothwendig machen, wenn nicht das schärfste Mißtrauen gegen die Regierung Platz greifen sollte. Zu diesem Einschreiten scheint sich der Kultusminister jetzt aufraffen zu wollen. Es ist die Beschränkung der Ermächtigung angeordnet worden, polnischen Privatunterricht in Räumlichkeiten der öffentlichen Schulen zu ertheilen, und die betreffende schon bekannte Verfügung des Schulraths Schwalbe in Posen wird demnächst zur Richtschnur auch für den Unterricht in den übrigen Kreisschulinspektionen der Proviuz Posen gemacht werden. Daß es sich um eine generelle Anordnung handelt, das konnten die Polen heute aus der außergewöhnlich kräftigen Rede des Kultusministers im Abgeordnetenhause erfahren. Herr Bosse hat Töne angeschlagen, wie sie an dieser Stelle leider lange nicht gehört worden sind. Er hat es als seinen festen Willen und als Selbsterhaltungspflicht der Staatsregierung hingestellt, daß den polonisirenden Uebergriffen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werde. Als die Aufgabe der Schulverwaltung in den östlichen Provinzen hat er unter dem Beifall fast des ganzen Hauses betont, daß die Kinder Deutsch sprechen lernen sollen, was geschehen werde und geschehen müsse, ohne daß die Ertheilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache darunter zu leiden brauche. Das Eigenthümlichste an dem kurzen Rededuell zwischen Herrn v. Jazdzewski und dem Kultusminister war eben, daß es so kurz war. Ersichtlich sind die Polen überrascht durch die eingetretene Wendung, und sie haben sich noch nicht in ihren politischen Konventikeln darüber verständigt, wie sie ihre sonstige Politik diesem Neuen gegenüber einzurichten hätten. Herr v. Jazdzewski wollte wohl keinen Vorstoß auf eigene Faust unternehmen, und so ließ er sich die ministerielle Zurechtweisung merkwürdig ruhig gefallen. Innerhalb der anderen Parteien aber konnte auch keine rechte Neigung bestehen, der Sache näherzutreten. Zumal auf der linken Seite wird man vorsichtiger Weise erst abzuwarten haben, wie weit die Festigkeit der Staatsregierung gegenüber dem ausgreifenden Polonismus reichen wird. Man hat in dieser Hinsicht üble Erfahrungen genug erlebt, und schließlich macht, trotz des Erlasses des Posener Kreisschulraths, eine Schwalbe noch keinen Sommer. Was aber die Konservativen betrifft, so wäre ja die Anspinnung einer kleinen Polendebatte ganz amüsant gewesen, nachdem die Konservativen im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder soeben den Polen gegenüber den vereinigten Deutschen zum Siege verholfen haben. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und die Herren von der Rechten werden diesen Adler nicht geschenkt bekommen. Die heutige Schuldebatte des Abgeordnetenhauses brachte außer der polnischen Episode noch die Sehnsucht der im vorigen März geschlagenen Mehrheit nach einem Schulgesetz Zedlitzscher Faktur zum Ausdruck. Aber der Kultusminister will nichts davon wissen; die Spuren seines Vorgängers schrecken ihn, und das ist gut so. Leider hat der Minister auf die Rickertsche Rede nicht geantwortet. Der Abg. Rickert gab Zahlen, denen man die weiteste Verbreitung wünschen möchte, damit die Legende von der ungemeinen Trefflichkeit der preußischen Schulzustände ihre ersprießliche Korrektur erfahre. Zwar daß Frankreich 90000 Lehrer, wir nur 70000 haben, beweist noch nicht viel. Frankreich ist volkreicher als Preußen. Aber die Zahlen über unsere Schulzustände allein reden auch ohne Vergleichung mit anderen Ländern eine unerfreuliche Sprache. 20000 Schulklassen bei uns sind überfüllt mit 70 bis 150 Schülern; in der Provinz Posen werden oft 110, ja 136 Kinder von einem einzigen Lehrer unterrichtet. Daß das unhaltbare Zustände sind, ist gewiß klar, aber wie soll durchgreifend gebessert werden, wenn sich die Kräfte der Nation in der Verstärkung der Heeresausrüstung verzehren! Die Unzulänglichkeit des Flickgesetzentwurfs betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens hat das Abgeordnetenhaus bescheinigt, indem es den entscheidenden § 1 an die Steuerkommission verwies, was nach Lage der Sache die Ablehnung bedeutet.

— Der Budgetkommission des Reichstages lag heute die Denkschrift zur Berathung vor, welche die Gehälter der etatsmäßigen Unterbeamten nach Dienstaltersstufen regelt, insbesonders die Verwendung dieses Systems auf die Postbeamten. — Der Etat des Reichsamtes des Innern wurde genehmigt. — Der Staatssekretär gab die Zusicherung im Februar oder März ein Markenschutzgesetz und im Februar ein Reichsseuchengesetz vorzulegen.

Breslau, 11. Jan. Die „Bresl. Ztg." meldet: Nachdem das Befinden des Herzogs von Ratibor sich in der letzten Woche so verschlimmert hatte, daß die Kinder und Brüder des Herzogs an das Krankenlager berufen werden mußten, ist seit Sonntag eine merkliche Wendung zum Bessern eingetreten.

Köln, 11. Jan. Nach einer Meldung der „Köln. Ztg." aus Gelsenkirchen sind auf den vom Ausstand betroffenen 20 Zechen insgesammt 11 922 Mann ausständig.

Essen a. d. Ruhr, 11. Jan. Ueber die heute früh 5 Uhr in Rauxel vorgekommene Dynamitexplosion meldet die „Rhein.-Westf. Ztg.", daß die Dynamitpatrone gegenüber dem

Stationsgebäude auf dem Bahndamm außerhalb der Geleise niedergelegt war. Durch die Explosion seien dreißig Fensterscheiben zertrümmert, sonst sei kein Schaden angerichtet worden. Von dem Thäter fehle bisher jede Spur. — Demselben Blatte wird aus Gelsenkirchen gemeldet, daß der gestrige Abend und die Nacht vollständig ruhig verlaufen seien. Jedoch fingen die Streikenden an, auf dem Lande die zur Arbeit gehenden Arbeiter zu belästigen.

Essen a. d. Ruhr, 11. Jan. Der „Rhein.-Westf. Ztg." zufolge beschloß der Bergbauverein in seiner heutigen Gesammtsitzung unweigerlich an den in der Sitzung des Vorstandes am 9. d. M. gefaßten Beschlüssen festzuhalten. Die Lage wird nach dem heutigen Ergebniß des Streikes nicht mehr für so gefahrdrohend angesehen. — Heute Nachmittag traten in einen partiellen Ausstand ein: die Belegschaften der Zechen „Dorstfeld", „Germania", Schacht I. und II. und „Graf Bismarck"; außerdem auf „Pluto" auch der Schacht „Wilhelm." Im Uebrigen ist die Lage unverändert. — Die Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb „Phönix" bei Ruhrort hat den Betrieb wegen Koksmangels theilweise eingestellt. — Die heute hier abgehaltene zweite Bergarbeiter-Versammlung beschloß einstimmig, am Ausstand im Essener Revier festzuhalten.

Gelsenkirchen, 11. Jan. Auf den Zechen „Unser Fritz" und „Bismarck" streiken fast sämmtliche Bergleute. Beide Walzwerke in Schalke liegen still wegen Kohlenmangels.

Gelsenkirchen, 11. Jan. Der Redakteur Schlicke und der Verleger Meyer von der „Bergarbeiter-Zeitung" sind wegen Verbreitung falscher Nachrichten in Extrablättern über den Streik auf Antrag des Staatsanwalts verhaftet worden.

Dortmund, 11. Jan. Der „Tremonia" zufolge sind im Ganzen nur auf 4 Zechen des Dortmunder Reviers die Arbeiter theilweise ausständig.

Bildstock, 11. Jan. Die gestrige Nachmittagsversammlung der Bergarbeiter dauerte von 2—3 Uhr und war von etwa 2500 Personen besucht. Die Führer Lambert, Schommer, Mohr und Anschütz ermunterten zum Ausharren, der Sieg würde alsdann nicht ausbleiben. — In Spriesen wurde eine große Anzahl Strafbefehle solchen Personen zugestellt, welche die anfahrenden Bergleute in den letzten Tagen verhöhnt und angehalten, bezw. belästigt und mißhandelt hatten. Die Strafen belaufen sich auf 15,30 und 45,00 Mark.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 11. Jan. Fürstbischof D. Kopp ist gestern Nachmittag 4 Uhr nach Rom abgereist.

Stettin, 11. Jan. Das königliche Eisenbahn-Betriebs-Amt macht bekannt: Die Strecke von Stolp nach Danzig ist durch Schneeverwehung seit heute Morgen gesperrt. Wann die Strecke für den Verkehr wieder frei wird, ist noch nicht zu übersehen.

Hamburg, 11. Jan. Die Cholera-Kommission des Senats macht bekannt, daß bei einer aus Bargteheide zugereisten Person, bei einem Schiffsarbeiter und bei drei weiteren Matrosen des spanischen Dampfers „Murciano" heute Cholerabazillen nachgewiesen worden sind.

Petersburg, 10. Jan. Von Neujahr n. St. ab nehmen die russischen Zollkassen Marknoten nicht mehr zum Kurse von $30\frac{8}{10}$, sondern zu $30\frac{2}{10}$ Kopeken entgegen.

Der Rest der Superdividende der Großen Eisenbahn-Gesellschaft im Betrage von 149 Kopeken wird zusammen mit dem Januarkoupon ausgezahlt werden.

Kopenhagen, 11. Jan. Die Dampfschifffahrt Gjedser-Warnemünde ist heute unterblieben; die Routen Korsör-Nyborg und Korsör-Kiel sind unbehindert.

Wien, 11. Jan. Die zwischen der österreichischen Regierung und den Finanzgruppen abgeschlossenen Verträge über die mit der Valutaregulirung zusammenhängenden finanziellen Operationen sind heute Nachmittag unterzeichnet worden.

Wien, 11. Jan. Der „Polit. Korr." wird aus Prag gemeldet: Die strafgerichtliche Untersuchung gegen den Advokaten Podlipny und den Sprachlehrer Schmidt-Beauchez ist eingestellt worden, da die Beschuldigten in Abrede stellten, Reden in dem Wortlaut, wie die Blätter denselben mittheilten, gehalten zu haben, und diese Rechtfertigung von den Zeugen nicht widerlegt wurde.

Paris, 10. Jan. [Panama-Affäre.] Als der Präsident des Gerichtshofs im Laufe des Verhörs Charles Lesseps über die Millionen befragte, welche Reinach erhalten hatte, antwortete der Angeklagte: „Als wir Reinach das Geld gaben, stellten wir ihm anheim, mit demselben für den Erfolg der Emission zu sorgen und gleichzeitig sich aus der überwiesenen Summe eine beliebige Remuneration zurückzubehalten." — Präsident: „Sie übergaben also Reinach Millionen, die er, wenn er wollte, in die Tasche stecken konnte." — Lesseps: „Ganz richtig." — Hierauf fragte der Präsident, welchen Gebrauch Reinach von den ihm überwiesenen Summen gemacht habe. Lesseps entgegnete, er wisse darüber nichts. — Präsident: Von den 1 400 000 Francs auf den Inhaber lautenden Bonds sind solche für 975 000 Francs vorhanden, deren Verwendung nicht klargestellt ist." — Lesseps: „Es sind dies geheime Fonds der Gesellschaft gewesen." — Präsident: „Haben die Statuten der Gesellschaft solche geheime Fonds zugelassen?" — Lesseps: „Ich kann darüber Aufklärung geben. 600 000 Francs erhielt Cornelius Herz in dem Zeitpunkte, als die Erlaubniß für die Zulassung der Loosobligationen erstrebt wurde." Auf die weitere Frage des Präsidenten, ob Lesseps darüber in seinen Büchern Beweise habe, antwortete der Angeklagte, er könne dafür nur mit seinem Worte einstehen. Hierauf folgte das gemeldete Verhör über die Betheiligung des früheren Ministers Baïhaut. — Lesseps besprach sodann die Entsendung des Ingenieurs Rousseau nach dem Panama-Kanal im Jahre 1886. Er führte aus, Rousseau habe in seiner und seines Vaters Begleitung den Bau des Panama-Kanals bis in alle Einzelheiten hinein untersucht. In dem von ihm darauf erstatteten Bericht erklärte Rousseau das Unternehmen als ausführbar, sprach sich aber dahin aus, daß Abänderungen an dem Bauplan vorzunehmen seien. Der Präsident erwiderte, die Ingenieure Boyer und Jacquet hätten erklärt, ein Schleusenkanal würde 1200 bis 1800 Millionen kosten. Man habe das Publikum getäuscht, indem man ihm diese Zahlen verheimlicht habe. Lesseps entgegnete, da der sachverständige Beirath der Panama-Gesellschaft versichert habe, man könne den Kanal mit 600 Millionen bauen, so habe die Gesellschaft dem Publikum gegenüber nur diese Zahl angeben können. Lesseps legte sodann die Gründe dar, aus welchen die Gesellschaft die Fortsetzung des Kanalbaues an mehrere große Unternehmungen übertragen habe. Der Präsident verlangte sodann entschiedene Auskunft über die Verwendung von 600 000 Franks an Anweisungen, die auf den Inhaber lauten. Lesseps entgegnete, er glaube nicht, daß eine Erklärung hierüber durchaus nöthig sei, begann jedoch auf das Drängen des Präsidenten: „Als wir den Antrag betreffend die Panama-Loose einreichen wollten." — Hier unterbrach ihn der General-Staatsanwalt, indem er sagte: „Lesseps gab gestern hierüber dem Untersuchungsrichter eine Erklärung ab; es ist daher unnöthig, dieselbe zu wiederholen." Der Präsident erwiderte, es müsse über alle einzelnen Punkte Licht verbreitet werden, und forderte Lesseps auf, die verlangte Erklärung abzugeben. Lesseps erklärte nunmehr, als die Vorlage betreffend die Panamaloose bei dem Bureau der Kammer eingebracht worden sei, habe der damalige Minister Baïhaut von ihm eine Million verlangt, zahlbar in mehreren Theilzahlungen von dem Tage der Einbringung der Vorlage bis zu ihrer Annahme. Bei der Einbringung habe man 375 000 Franks an Baïhaut ausgezahlt; da die Vorlage abgelehnt wurde, habe man den Rest der verlangten Summen nicht ausgezahlt. Lesseps fügte hinzu: „Ich gab diese Summe nur, weil mir das Messer an der Kehle saß, so wie man im finsteren Walde einem Räuber seine Uhr ausliefert." Lesseps versicherte sodann, der Verwaltungsrath der Gesellschaft habe von allen diesen Geldvertheilungen Kenntniß gehabt. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben und die Fortsetzung auf morgen angesetzt.

Paris, 10. Jan. [Panama-Affaire.] Aus dem heutigen Verhör Lesseps ist noch Folgendes mitzutheilen: Der Präsident befragte Lesseps über die Vertheilung von 11 Millionen an Zuwendungen für das Syndikat, welches nur 5 Millionen auszahlte. Lesseps erwiderte, man habe, um einen Erfolg zu erzielen, das Syndikat errichten und dasselbe für seine Mitwirkung entschädigen müssen. Er habe immer bedauert, eine solche Kommission zahlen zu müssen, er habe aber gewußt, daß es unumgänglich sei, gewissermaßen die caudinischen Pässe der Finanzleute zu passiren. Als der Präsident sein Erstaunen hierüber bekundete, fügte Lesseps hinzu, er könne nur wiederholen, es sei unmöglich gewesen ohne beträchtliche Kosten eine Emission zu veranstalten. Auf die Frage des Präsidenten nach den ungeheuren Summen, die Hugo Obernöffer erhalten habe, erwiderte Lesseps, Obernöffer habe eine sehr einfache und klare Kombination bezüglich der Loosobligationen vorgeschlagen und als Remuneration für diese Idee mehrere Millionen erhalten. Derselbe sei übrigens ein großer Spekulant gewesen und man habe ihn bei jeder einzelnen Emission berücksichtigen müssen. Man mußte gewisse Summen zahlen, um sich nicht Feinde an der Börse zu machen.

Paris, 11. Jan. Wie nunmehr verlautet, hat der Untersuchungsrichter Franqueville am vergangenen Sonntag Freycinet und Floquet als Zeugen vernommen.

Paris, 10. Jan. Die Neubildung des Kabinets ist in Folge der Ablehnung Bourdeaus, in dasselbe einzutreten, verschoben worden.

Paris, 10. Jan. Das neue Kabinet wird voraussichtlich noch heute Abend gebildet und dürfte folgendermaßen zusammengesetzt sein: Präsidium und Inneres Ribot, Auswärtiges Develle, Krieg General Loizillon. Bourgeois, Dupuy, Siegfried und Viette sollen ihre jetzigen Portefeuilles behalten. An Stelle Develles solle Viger zum Ackerbauminister ernannt werden. Tirard und Jamais würden nicht dem Kabinet angehören.

Paris, 10. Januar. Gutem Vernehmen nach werden die Dekrete betreffend die Bildung des neuen Kabinets morgen veröffentlicht werden. Ribot erhält das Präsidium und das Portefeuille des Inneren, Develle das des Auswärtigen, Loizillon das Portefeuille des Krieges und Viger dasjenige für Ackerbau. Die übrigen Minister behalten ihre Posten.

Paris, 10. Jan. Dem Vernehmen nach wird an Stelle Burdeaus ein Admiral das Marineministerium übernehmen. Das neue Kabinet wird voraussichtlich morgen in der bereits telegraphirten Zusammensetzung im „Journal officiel" erscheinen. Unter den Kandidaten für das Portefeuille des Marineministeriums wird der Admiral Gervais genannt.

Paris, 11. Jan. Der „Gaulois" kündigt an, daß mehrere Deputirte die Regierung über die Gründe zu interpelliren beabsichtigen, durch welche die Demission des Kabinets veranlaßt wurde. — Der „Matin" will wissen, die Chemiker Villiers und Schützemberger, welche mit der Abgabe eines zweiten Gutachtens bezüglich der Todesursache Reinachs beauftragt waren, seien zu dem Schlusse gekommen, daß es bei dem Zustande der Leiche unmöglich sei, Spuren von Aconitin nachzuweisen, und daß nichts die Behauptung rechtfertige, Baron Reinach sei vergiftet worden.

Paris, 11. Jan. Die Wahl Casimir Périers zum Präsidenten der Deputirtenkammer erfolgte vorzugsweise durch die Stimmen der Republikaner.

Paris, 11. Jan. Die Minister werden sich heute Nachmittag fünf Uhr im Auswärtigen Amte zu einer Sitzung versammeln.

Ein Telegramm des Generals Dodds besagt, er habe einen Ausflug nach Groß-Popo unternommen und überall eine gute Aufnahme gefunden. — Vier Agenten des Königs Behanzin sind in Wyddah verhaftet worden. Aus der Umgebung des Königs verlautet, daß derselbe über seine Haltung in nächster Zeit noch unentschlossen sei. Er habe nur mehr 2000 Personen in seiner Umgebung, unter denen nur eine kleine Anzahl Krieger seien.

[Panama-Affaire.] Die Gerichtssitzung begann kurz nach 12 Uhr. Der Zuschauerraum war überfüllt. Der Präsident verhörte Fontane, welcher erklärte, er sei bis 1885 beauftragt gewesen, die Verbindungen der Panama-Gesellschaft mit der Presse zu unterhalten, von dieser Zeit ab sei er nur der Geheimsekretär von Lesseps gewesen.

Paris, 11. Jan. Die Morgenblätter stimmen in der Ansicht überein, daß die Gesammtdemission des Ministeriums nur den Ausschluß Freycinets zum Zwecke hatte, da dessen Verbleiben im Kabinet dasselbe gefährdete. Die gemäßigt republikanischen Blätter bringen dem neuen Kabinet eine wohlwollende Haltung entgegen, wollen jedoch erst dessen Thätigkeit abwarten, bevor sie ein definitives Urtheil abgeben. Die radikalen Blätter verhalten sich ziemlich reservirt und die monarchischen meinen, daß das neue Kabinet außer Stande sei, Herr der täglich sich verschlimmernden Lage zu werden. Der „Figaro" sagt, Bourgeois und Ribot seien offenbar einig darin, daß eine gründliche Lösung der Panamafrage herbeigeführt werden müsse, politische Berührungspunkte beständen aber nicht zwischen ihnen. Uebrigens seien Kammer, Ministerium und Exekutivgewalt so zerfahren als möglich. Die Auflösung der Kammer müsse zweifellos erfolgen.

Paris, 11. Jan. (Panama-Prozeß.) Das Verhör Fontanes führte zu keinem bemerkenswerthen Zwischenfall. Fontane versicherte, er habe bis zum Jahre 1885 nur 60 000 Franks an die Presse vertheilt. Cottu erklärte bei seiner Vernehmung, daß er mit den äußeren Angelegenheiten der Panama-Gesellschaft nichts zu thun, sondern nur den inneren rein technischen Dienst zu versehen gehabt habe.

Dem Vernehmen nach will Hubbard sofort nach Konstituirung des neuen Kabinets dasselbe darüber interpelliren, ob es nicht willens sei, den Termin zur Vornahme der allgemeinen Wahlen auf einen früheren Zeitraum zu verlegen.

Paris, 11. Jan. (Panama-Prozeß.) Der Präsident vernahm sodann den Angeklagten Eiffel in Betreff der Summen von je zwei Millionen, welche er an den Direktor des „Temps", Hebrard, an Reinach und an einen Unternehmer ausbezahlt habe. Eiffel antwortete, er habe des Einflusses und der Unterstützung dieser drei Personen, sei es als Unternehmer, sei es als Bankiers, für das Gelingen des Unternehmens bedurft. Wegen der 18 Millionen befragt, welche Eiffel für seine Arbeiten erhalten, die nicht vollständig ausgeführt wurden, erwiderte derselbe, er habe dieses Geld in Gemäßheit seines Vertrages und als Kompensation für ganz zufällige, nicht vorherzusehende Ausgaben behalten. Der Präsident erklärte, ein solcher Vertrag hätte annullirt werden müssen. — Hierauf wurde zur Vernehmung der Zeugen geschritten.

Paris, 11. Jan. Die „Cocarde" behauptet, Baïhaut habe vor dem Untersuchungsrichter erklärt, daß er die Veröffentlichung des von dem Ingenieur Rousseau erstatteten Berichtes auf den Rath des damaligen Finanzministers Carnot verhindert habe. Dieser habe gesagt, die Veröffentlichung würde die Emission der Panamaloose unmöglich machen. Diese Erklärung Baïhauts sei, wie die „Cocarde" hinzufügt, erst nach lebhafter Diskussion protokollirt worden.

Paris, 11. Jan. Gutem Vernehmen nach hat der Admiral Gervais es definitiv abgelehnt, das Marineministerium zu übernehmen; derselbe will vielmehr an der Spitze des Generalstabs der Marine verbleiben.

Amsterdam, 11. Jan. Ein aus Utrecht hier zugereister Mann, starb hier an der Cholera. Auch aus dem Haag wird ein Fall von asiatischer Cholera gemeldet.

London, 10. Jan. Das „Reutersche Bureau" meldet aus Buenos-Ayres: Zwei mit Truppen bemannte und mit Waffen und Kanonen ausgerüstete Kanonenboote gingen heute ab, um sich dem von der Regierung nach Corrientes entsandten Vermittler zur Verfügung zu stellen. 5000 Aufständische griffen gestern 3000 Mann der Regierungstruppen in Santa Lucia an. Der Kampf dauerte bei Abgang der letzten Nachrichten noch fort. 3000 Aufständische rücken von Caseros gegen Santa Lucia vor.

Birmingham, 11. Jan. Eine heute hier abgehaltene Versammlung von Bergarbeitern beschloß eine Resolution, in welcher die Nothwendigkeit betont wird, daß das Parlament ein Gesetz annehme, durch welches der Achtstundentag obligatorisch eingeführt würde. Nur die Bergleute und Arbeiterdeputirten von Durham traten diesem Beschluß nicht bei.

Buenos-Ayres, 11. Jan. Der als Vermittler zwischen den Aufständischen und den Gouverneurtruppen nach der Provinz Corrientes entsandte Avellaneda hat den Kämpfen bei Santa Lucia ein Ende gesetzt und das Kommando der Truppen des Gouverneurs übernommen. Bei San Totome fand ein Gefecht zwischen der Bundeskavallerie und den Rebellen statt. Letztere wurden mit einem Verluste von 50 Mann an Todten und Verwundeten aus ihrer Stellung vertrieben.

Bochum, 12. Jan. Zwei für den 12. d. M. einberufene Bergarbeiterversammlungen wurden im Interesse der öffentlichen Ordnung polizeilich untersagt.

Paris, 12. Jan. Wie es heißt, arbeitete Tirard einen Gesetzentwurf aus, welcher die Börsenoperationen besteuert, um durch das Ergebniß dieser Steuer den Ausfall der 25 Millionen zu decken, den die Reform der Getränkesteuer zur Folge hat. Die Regierung wird die sofortige Berathung der Interpellation Hubbard wegen Auflösung der Kammer annehmen und erklären, daß die Auflösung der Kammer zu den Prärogativen des Senats gehöre.

Paris, 12. Jan. Eine Note der „Agence Havas" erklärt die Behauptung der „Cocarde", daß Sadi Carnot, der 1886 Finanzminister war, die Veröffentlichung des Rousseauschen Berichtes verhinderte, für durchaus falsch. Carnot kannte damals von dem Berichte Rousseaus nur das, was ihm durch Baihaut im Ministerrathe mitgetheilt wurde.

Paris, 12. Jan. Die neuen Minister hielten Nachmittags 5 Uhr Ministerrath ab. Carnot unterzeichnete die Ernennungsdekrete. Da der für das Marineportefeuille in Aussicht genommene Admiral noch nicht geantwortet hat, so behält Ribot interimistisch das Portefeuille der Marine. Das Unterstaatssekretariat der Kolonien wird wieder dem Handelsministerium unterstellt. Die Regierung wird eine Programmerklärung im Parlament nicht abgeben, sondern sich auf Aufschlüsse beschränken, falls eine Interpellation eingebracht wird.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
11. Nachm. 2	751,6	NW stark	bedeckt	— 4,5
11 Abends 9	752,9	NW stark	bedeckt	— 8,2
12. Morgs. 7	754,0	NW stark	bedeckt [1])	—10,2

[1]) Schnee

Am 11. Jan. Wärme-Maximum — 3,9° Cels.
Am 11. „ Wärme-Minimum — 10,0° „

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Petersburg, 11. Jan. Wechsel auf London 98,85, Russ. II. Orientanl. $102\frac{1}{8}$, do. III. Orientanl. 103, do. Bank für ausw. Handel 284, Petersburger Diskonto-Bank 493, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. internat. Bank $457\frac{1}{2}$, Russ. $4\frac{1}{2}$proz. Bodenkreditpfandbriefe $156\frac{1}{4}$, Gr. Russ. Eisenbahn $257\frac{1}{2}$, Russ. Südwestbahn-Aktien $114\frac{1}{4}$.

Produkten-Kurse.

Köln, 11. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 15,75, do. fremder loko 17,25, per März 16,65, per Mai —,—. Roggen hiesiger loko 14,50, fremder loko 15,75, per März 14,55, per Mai —,—. Hafer hiesiger loko 14,75, fremder —,—. Rüböl loko 54.00 per Mai 52,00, per Okt. —,—. — Wetter: Frost.

Bremen, 11. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,45 Br.

Baumwolle. Matt. Upland middl. loko 51 Pf., Upland Basis middl. nichts unter low middl., auf Terminlieferung per Jan. $50\frac{3}{4}$ Pf., p. Febr. 51 Pf., p. März $51\frac{1}{4}$ Pf., p. April $51\frac{1}{2}$ Pf., per Mai $51\frac{3}{4}$ Pf., Juni 52 Pf.,

Schmalz. Höher. Shafer — Pf. Wilcox — Pf., Choice Grocery 53 Pf., Armour 53 Pf. Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 46 Pf

Speck. Fest. Short clair middl. (schwimmend) 47, Januar-Februar-Abladung short clear middl. 47, long clear middl. 46.

Wolle 63 Ballen Umsatz.

Tabak. 2100 Packen St. Felix, 358 Seronen Carmen, 280 Seronen Havannah, 57 Fässer Kentucky, 60 Fässer Stengel.

Bremen, 11. Jan. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 165 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktie $97\frac{1}{2}$ bez.

Hamburg, 11. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinscher loko neuer 152—156 — Roggen loko fest mecklenb. loko neuer 134—138 russ. loko fest, transito 112—114 nom. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl (unverz.) unv., loko 51. — Spiritus loko fester, p. Jan. $22\frac{1}{2}$ Br., Jan.-Februar $22\frac{1}{2}$ Br., pr. April-Mai $22\frac{1}{2}$ Br., per Mai-Juni $22\frac{3}{4}$ Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2500 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loko 5,20 Br., per Febr.-März 5,15 Br. — Wetter: Heiter.

Hamburg, 11. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good average Santos per Jan. —, per März 78½, per Mai —, Sept. 76¾, p. Dez. 76½. Behauptet.

Hamburg, 11. Jan. Zuckermarkt. Schlußbericht. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar —,—, März 14,35, per Mai —,—, Aug. 14,75. Stetig.

Pest, 11. Jan. Produktenmarkt. Weizen fest, per Frühjahr 7,37 Gd., 7,39 Br., per Herbst 7,48 Gd., 7,50 Br. Hafer per Frühjahr 5,43 Gd., 5,45 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4,67 Gd., 4,69 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,40 Gd., 11,50 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 11. Jan. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen fest, p. Januar 21,60, p. Februar 21,80, p. März-April 22,10, p. März-Juni 22,40. — Roggen fest, per Januar 13,60, p. März-Juni 14,40. — Mehl fest, per Januar 48,70, per Febr. 48,70, per März-April 49,00, p. März-Juni 49,10. — Rüböl beh., p. Jan. 56,75, p. Febr. 57,00, p. März-April 57,50, p. März-Juni 57,75. — Spiritus fest, per Jan. 46,25, per Febr. 46,25, per März-April 46,50, p. Mai-August 46,75. — Wetter: Kalt.

Paris, 11. Jan. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Jan. 40,37, per Febr. 40,75, p. März-Juni 41,50, p. Mai-Aug. 42,00.

Havre, 11. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Baisse.

Rio 5 000 Sack, Santos 16 000 Sack Rezettes für gestern.

Havre, 11. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, p. Jan. 100,50, p. März 99,00, per Mai 96,00. Kaum behauptet.

Amsterdam, 11. Jan. Java-Kaffee good ordinary 56¼.

Amsterdam, 11. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per März 176, per Mai 177. Roggen loko geschäftslos, auf Termine fest, per März 130, per Mai 128. Rüböl loko 26½, per Mai 25⅞, Herbst 25¾.

Amsterdam, 11. Jan. Bancazinn 55.

Antwerpen, 11. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅞ bez. u. Br., per Jan. 12¾ Br., per Febr.-März 13⅛ Br., p. Sept.-Dez. 13¼ Br. Fest.

Antwerpen, 11. Jan. (Telegr. der Herren Wilkens und Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per März 4,50 Käufer, Juli 4,62½ Käufer.

London, 11. Jan. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Frost.

London, 11. Jan. 96 pCt. Javazucker loko 16⅜ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 14⅛ fest.

London, 11. Jan. Chili-Kupfer 46⅛, per 3 Monat 46⅝.

London, 11. Jan. Getreidemarkt. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 35 390, Gerste 4970, Hafer 23 810 Qrts.

Weizen und Mehl stetig, Gerste und Hafer fest, mitunter ¼ sh. höher. Mais fester, ¼ sh. höher Verkäufer.

London, 11. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Mais ruhig, stetig, Mehl fest, ruhig, runder Mais mitunter ¼ sh. höher, Gerste fester, Mahlgerste ¼ sh. höher. Schwimmendes Getreide ruhig, stetig.

Leith, 11. Jan. Getreidemarkt. Markt stetig, etwas mehr Nachfrage für die meisten Artikel.

Glasgow, 11. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 42 sh. 2½ d.

Liverpool, 11. Jan., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 8 000 Ball., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner träge, Surats unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5 8/64, März-April 5 7/32, Mai-Juni 5 9/32, Juli-Aug. 5 21/64 d. Alles Verkäuferpreise.

Liverpool, 11. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: Jan.-Febr. 5 11/64 Verkäuferpreis, Febr.-März 5 11/64 Käuferpreis, März-April 5 15/64 Verkäuferpreis, April-Mai 5 7/32 Käuferpreis, Mai-Juni 5¼ Käuferpreis, Juni-Juli 5 9/32 do., Juli-August 5 5/16 do., August-September 5 5/16 d. Verkäuferpreis.

Petersburg, 11. Jan. Produktenmarkt. Talg loko 55,00, per August —,—, Weizen loko 11,25, Roggen loko 9,25, Hafer loko 5,00, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 15,50. — Wetter: Frost.

Newyork, 10. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9⅞, do. in New-Orleans 9⅝. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,40, do. Standard white in Philadelphia 5,35 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certifikates, pr. Februar 54. Stetig. Schmalz loko 11,10, do. Rohe u. Brothers 11,40. Zucker (Fair refining Muscovad.) 3. Mais (New) p. Jan. 50¼, p. Febr. 51⅛, p. Mai 52⅜. Rother Winterweizen loko 80⅜. Kaffee Rio Nr. 7, 16⅝. Mehl (Spring clears) 2,95. Getreidefracht 1½. — Kupfer 12,25—12,50. Rother Weizen pr. Jan. 78⅜, per Febr. —, per Mai 82¾, per Juli 83¾. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Febr. 15,60, p. April 15,40.

Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 6 515 980 Dollars gegen 6 321 667 Dollars in der Vorwoche.

Chicago, 10. Jan. Weizen per Januar 73⅛, per Mai 79⅛, Mais per Januar 41¼. Speck short clear nom. Pork per Januar 18,70.

Newyork, 11. Jan. Weizen pr. Jan. 80⅛ C., pr Februar 81⅛ C.

Berlin, 12. Jan. Wetter: Starker Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 11. Jan. Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit zumeist höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die günstigeren Tendenzmeldungen, die von den fremden Börsenplätzen vorlagen und andere auswärtige Nachrichten von bestimmendem Einfluß. Das Geschäft entwickelte sich im Allgemeinen lebhafter, und auf einigen Gebieten gestalteten sich die Umsätze in Folge umfangreicher Deckungskäufe sehr belangreich. Im späteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Haltung theilweise etwas ab, doch schloß die Börse wieder fest. Der Kapitalsmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen; deutsche Reichs- und preußische konsol. Anleihen gleichfalls fester, aber ruhig. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren fest und vereinzelt lebhafter, namentlich russische Anleihen und Noten, ungar. 4proz. Goldrente und Italiener etwas besser. Der Privatdiskont wurde mit 1⅞ Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas höherer und anziehender Notiz ziemlich lebhaft um; Lombarden und andere österreich. Bahnen behauptet und ruhig; Gotthardbahn und andere schweizerische Bahnen etwas besser und lebhafter. Inländische Eisenbahnaktien ziemlich behauptet und ruhig; Marienburg-Mlawka und Ostpr. Südbahn abgeschwächt. Bankaktien fester und lebhafter; namentlich gingen die spekulativen Devisen, wie Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgesellschafts-Antheile, Aktien der Darmstädter und Deutschen Bank zu höheren, wenig schwankenden Notirungen in größeren Summen um. Industriepapiere fester und zum Theil lebhafter; Schifffahrts-Aktien etwas besser; Montanwerthe sehr fest, zum Theil erheblich höher und belebt, wie Harpener, Hibernia, Gelsenkirchener Bergwerk Konsolidation.

Produkten-Börse.

Berlin, 11. Jan. Der Weizenmarkt in Newyork war gestern auf ungünstige Saatenstandsberichte fest. Auch die hiesige Getreidebörse verkehrte bei lebhaften Umsätzen heut in fester Haltung, welche in der Hauptsache auf eine sehr rege Nachfrage nach effektiver Waare und ein durchaus ungenügendes Angebot zurückzuführen war. In Weizen war der Verkehr lebhaft zu ca. ¾ M. höheren Preisen. Eine Partie alter Delhi Weizen ist von einer hiesigen Mühle nach Kiel verkauft worden. In Roggen war das Geschäft sehr ausgedehnt; die Preise zogen um 1¾ M. an. Nachdem gestern bereits kleinere Partien Donau Roggen gehandelt worden, wurden heute 1500 Tonnen auf Abladung von der Donau zu 100½—102 M. cif Hamburg gehandelt. Hafer stellte sich bei mäßigem Geschäft um ½ M. höher. Roggenmehl zu anziehenden Preisen lebhafter. Rüböl zu unveränderten Preisen ebenfalls lebhafter umgesetzt. In Spiritus bestand stärkere Deckungs- und Meinungsfrage, namentlich für einen schlesischen Spekulanten; die Preise zogen um 60 Pf. an.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen per 1000 Kilogr. Loko ohne Geschäft. Termine fest und höher. Gekündigt — To. Kündigungspreis — Mk. Loko 142—160 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 151 M., per diesen Monat —, p. März-April —, per April-Mai 158—158,75—158,5 bez., per Mai-Juni 159,5 bis 160,25—160 bez., per Juni-Juli 161—161,75—161,5 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm Loko besser verkäuflich. Termine steigend. Gekündigt — Tonnen Kündigungspreis — M. Loko 126—137 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 133,5 M. inländischer guter 134—135,5 M., per diesen Monat —, per Jan.-Febr. —, per März-April —, per April-Mai 139,25—140—139,75 bez., per Mai-Juni 139,75—140,5—140,25 bez., per Juni-Juli 140,5—141,5—141,25 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Fest. Große und kleine 138 bis 170, Futtergerste 115—138 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko gut behauptet. Termine höher. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 135—158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Pomm. mittel bis guter 136—142 bez., feiner 143—148 bez., preußischer mittel bis guter 136—142, feiner 143—147 bez., schlesischer mittel bis guter 137—143 bez., feiner 144—149 bez., per diesen Monat 142,25—142,75 bez., per Januar-Februar —, per April-Mai 140,25 bis 140,75 bez., per Mai-Juni 141,5 bez., per Juni-Juli —.

Mais per 1000 Kilogr. Loko fest. Termine höher. Gekündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 121,5 M. Loko 122—132 M. nach Qual., per diesen Monat 121,5 bez., per April-Mai 112—112,5 bis 112,25 bez., p. Mai-Juni —, per Juni-Juli 112,5—112,75 bez.

Erbsen p. 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 132—158 M nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine fest und höher. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat und per Jan.-Febr. 18 bez., per Febr.-März —, per April-Mai 18,5—18,4—18,3 bez.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Still. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, ohne Faß —, per diesen Monat 50,5 M., per April-Mai 50,5 M., per Mai-Juni 50,6 M.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack. per diesen Monat 18,50 Gd. Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 9,90 Gd.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack. Per diesen Monat 18,50 Gd.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 52,6 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungungspreis —. Loco ohne Faß 32,9 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Höher. Gekündigt 50 000 Liter. Kündigungspreis 31,5 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 31,3—31,8 bez., per Jan.-Febr. 31,3—31,8 bez., per März-April —, per April-Mai 32,8—33—32,8—33,4—33,3 bez. per Mai-Juni 33—33,3—33,1—33,7—33,5 bez., per Juni-Juli —, per Juli-August —, per August-September 34,8—34,9—34,7—35,3 bis 35,1 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,25—20,25 bez., Nr. 0 20,00—17,50 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,25—17,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19,00—18,25 bez., Nr. 0 1,50 Mk höher als Nr. 0 u. 1 pr. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4¼ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto — Wechsel v. 12. Jan.

Amsterdam	2½	8 T.	168,70 bz
London	3	8 T.	20,35 bz
Paris	2½	8 T.	81,05 bz G.
Wien	4	8 T.	168,75 bz
Petersburg	4½	3W.	204,70 bz
Warschau	4½	8 T.	204,60 bz

In Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5. Privatd. 1⅞ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	
20 Francs-Stück	16,17 G.
Gold-Dollars	4,185 bz G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,35 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,25 bz B.
Oestr. Noten 100 fl.	169,00 bz
Russ. Noten 100 R.	205,30 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,20 B.
do. do.	3½	100,10 G.
do. do.	3	86,10 B.
Prss. cons. Anl.	4	107,10 G.
do. do.	3½	100,60 bz
do. do.	3	86,10 B.
do Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,50 G.
Sts.-Schld-Sch.	3½	100,00 G.
Berl. Stadt-Obl.	3½	98,00 bz
do. do. neue	3½	
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	95,75 B.
Berliner	5	113,25 bz
do.	4½	109,00 G.
do.	4	104,90 bz
do.	3½	99,00 bz G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	97,90 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	99,30 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,50 bz
Pommer.	3½	97,90 G.
do	4	109,50 G.
Posensch.	4	102,00 B.
do.	3½	96,90 bz
Schls. altl.	3½	97,80 G.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	97,80 G.
do.	4	
do. neudo.	3½	97,80 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	96,80 G.
do. neul. II.	3½	96,80 G.
Pommer.	4	103,50 G.
Posensch.	4	102,80 bz
Preuss.	4	102,80 bz
Schles.	4	102,80 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	104,30 G.
Bayer. Anleihe	4	106,80 G.
Brem. A. 1892	3½	97,50 bz G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,50 G.
do. do. 1886	3	85,25 bz G.
do. amort. Anl.	3½	97,50 bz G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	88,00 bz
Prss. Präm-An.	3½	
H. Pr.-Sch. 40 T.	—	407,00 G.
Bad. Präm.-An.	4	140,60 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,50 B.

Brnsch. 20 T. L.	—	104,80 B.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	132,70 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	137,25 B.
Lüb. 50 T.-L.	3½	130,30 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	28,60 B.
Oldenb. Loose	3	127,10 G.

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	43,30 bz G.
do. do.	5	44,60 bz G.
Bukar. Stadt-A.	5	96,50 G.
Buen. Air. G.-A.	5	36,20 bz B.
Chines. Anl.	5½	
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	97,75 G.
Finnländ. L.	—	58,80 bz
Griech. Gold-A	5	62,75 bz G.
do. cons. Gold	4	47,00 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	54,60 G.
Italien. Rente	5	91,70 bz
Kopenh. St.-A.	3½	92,10 B.
Lissab. St. A. I. II	4	51,75 bz G.
Mexikan. Anl.	6	78,60 B.
Mosk. Stadt-A.	5	64,50 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	87,10 bz
Oest. G.-Rent.	4	98,40 bz G.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. do.	5	85,00 G.
do. Silb.-Rent.	4⅕	82,50 G.
do. 250 Fl. 54.	4	127,10 bz
do. Kr 100 (58)	—	333,50 bz
do. 1860er L.	5	128,50 bz B.
do. 1864er L.	—	328,75 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	65,40 bz
do. Liq.-Pf.-Br	4	63,40 bz
Portugies. Anl. 1888—89	4½	32,70 bz G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,90 B.
Röm. Stadt-A.	4	86,60 G.
do. II. III. VI.	4	83,80 bz G.
Rum. Staats-A.	4	
do. do. Rente	4	
do. do. fund.	5	102,10 G.
do. do. amort.	5	97,25 bz
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	82,60 G.
do. 1880	4	95,75 G.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	103,50 G.
do. 1884 stpfl.	5	105,10 bz
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	65,25 bz
III. Orient 1879	5	65,80 bz G.
Nikolai-Obl	4	
Pol. Schatz-O.	4	93,50 bz
Pr.-Anl. 1864.	5	155,50 bz
do. 1866.	5	143,00 B.
Bodkr.-Pfdbr.	5	
do. neue.	4½	99,70 bz
Schwedische	3½	94,60 B.
Schw. 1890	3½	94,90 G.
do. d. 1888	3	86,80 bz G.
Schw Hyp.-Pf.	4½	102,50 B.
Serb. Gld-Pfdb.	5	83,90 B.
do. Rente	5	77,10 bz G.
do. neue 85	5	76,50 bz G.
Stockh. Pf. 85.	4½	102,60 bz
do. St.-Anl. 80	4	100,30 G.
Span. Schuld.	4	61,00 G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	21,40 bz
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	88,90 bz
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	96,50 bz G.
do. Gld.-Inv.-A.	5	103,00 B.
do. do. do.	4½	101,39 bz G.
do. Papier-Rnt.	5	85,25 G.
do. Loose	—	262,00 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	105,50 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	61,50 bz G.
Altenbg.-Zeitz	—	
Crefelder	4	82,00 bz
Crefld-Uerdng	0	61,25 bz
Dortm.-Ensch.	—	103,10 bz
Eutin. Lübeck	—	
Frnkf.-Güterb.		65,60 G.
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	222,50 bz
Lübeck-Büch.	—	142,00 bz B.
Mainz-Ludwsh	—	114,00 bz G.
Marnb.-Mlawk.	—	62,10 G.
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,60 bz
Ostpr. Südb.	—	73,25 bz B.
Saalbahn	—	25,30 G.
Stargrd-Posen	4½	102,25 B.
Weimar-Gera	—	17,10 bz G.
Werrabahn	—	69,60 G.
Albrechtsbahn	1	40,00 bz
Aussig-Teplitz	—	417,75 bz
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader		193,00 G.
Canada Pacifb.	5	86,00 bz G.
Dux-Bodenb.	—	220,30 G.
Galiz. Karl-L.	—	
Graz-Köflsch.	—	113,00 G.
Kaschau-Od.	4	
Kronpr. Rud.	4¾	84,90 bz
Lemberg-Cz.	6½	105,50 G.
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	83,75 bz
do. Nordw.	4¾	
do. Lit. B. Elb.	—	100,60 bz
Raab-Oedenb.	—	25,25 bz G.
Reichenb.-P.	3,81	81,90 bz
Südöstr. (Lb.)	—	43,70 bz
Tamin-Land	0	2,10 bz
Ungar.-Galiz.	5	85,30 bz G.
Balt. Eisenb.	3	65,90 G.
Donetzbahn	5	100,50 bz
Ivang. Domb.	5	101,70 bz
Kursk-Kiew	12,50	
Mosco-Brest	3	
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	73,50 bz
Wrsch.-Teres.	5	
Wrsch.-Wien.	—	202,70 B.
Weichselbahn	—	
Amst.-Rotterd.	—	105,40 bz
Gotthardbahn	—	156,80 G.
Ital. Mittelm.	5	100,70 G.
Ital. Merid.-Bah	7⅕	124,90 bz
Lüttich-Lmb.	—	25,80 bz
Lux. Pr. Henri	—	68,10 bz G.
Schweiz. Centr	—	119,25 G.
do. Nordost	—	107,75 bz G.
do. Unionb.	—	72,70 bz
do. Westb.		
Westsicilian.		627,0 G.

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	112,25 bz
Bresl.-Warsch.	—	52,90 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	103,70 G.
Dux-Bodnb AB.	—	
Paul-Neu-Rup.	5	
Prignitz	4	104,50 bz B.
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	—	113,90 bz B.
Marienb Mlawk	—	107,50 G.
Mecklb. Südb.	—	22,10 G.
Ostpr. Südb.	—	106,10 bz
Saalbahn	—	90,50 bz G.
Weimar-Gera		84,75 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Berg-Märkisch	3½	99,10 G.
Berl. Potsd.-M.	4	102,00 G.
Brsl Schw Frb H		
Bresl-Warsch.	5	103,00 bz
Mz Ludwh 68/9	4	102,75 G.
do. 90	3½	98,60 bz
Oberschl. Lit B	3½	99,10 G.
do. Lit. E.	3½	99,10 G.
do. Em. v. 1879		
do. Niedrs Zwg	3½	98,60 G.
do. (Starg Pos)	4	101,60 G.
Ostpr Südb. I-IV	4½	103,10 G.
Rechte Oderuf.		
Albrechtsb gar	5	90,10 G.
Busch Gold-O.	4½	103,70 bz G.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr.	5	
do.	4	100,10 G.
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgb g	4½	
do. do. 1890	4	81,75 bz G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	97,60 G.
Kronp Rudolfb.	4	82,25 bz
do. Salzkammg	4	100,80 G.
Lmb Czern. stfr	4	81,50 B.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	81,80 G.
do. Staats-I. II.	3	108,20 G.
do. Gold-Prio.	4	101,10 B.
do. Lokalbahn	4½	85,30 G.
do. Nordwestb.	5	92,00 bz G.
do. Ndw B. G-Pr	5	108,50 B.
do. Lt. B. Elbth.	5	91,10 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	68,60 G.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	
Rchb Gold-Prior.	5	
Südöst- B. (Lb.)	3	63,25 B.
do. Obligation.	5	104,60 bz G.
do. Gold-Prior.	4	97,00 G.
Baltische gar.	5	96,60 B.
Brest-Grajewoar	5	
Gr. Russ. Eis. g.	3	79,25 G.
Ivang.-Dombr.	4½	100,00 G.
Kozlow-Wor. g.	4	90,90
do. 1889	4	91,20 B.
do. Chark. As. (O)	4	91,00 bz
do. (Oblig.) 1889	4	91,00 B.
Kursk-Kiew conv	4	91,50 G.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	
do. Rjäsan gar.	4	92,50 bz
do. Smolensk g.	5	101,25 bz
Orel-Griasy conv	4	90,90 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	91,50 G.
Rjaschk-Morcz. g	5	100,50 G.
Rybinsk-Bolog.	5	90,00 G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	94,00 G.
Transkaukas. g.	3	77,30 bz
Warsch.-Ter. g.	5	101,25 bz
Warsch.-Wien n.	4	97,00 bz
Wladikawk. O. g.	4	93,30 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	88,50 bz G.
Gotthardbahnov.	4	104,30 G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	56,70 bz G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	78,25 bz G.
do. Lit. B.	5	76,90 bz G.
Süd-Ital. Bahn.	3	59,00 B.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	98,60 G.
Manitoba	4½	98,60 bz
Northern Pacific	6	114,70 bz G.
San Louis-Franc.	6	105,40 bz G.
Southern Pacific	6	110,60 G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	92,20 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	112,90 bz
do. do. II.	3½	108,00 B.
do. do. III. abg.	3½	98,60 G.
do. do. IV. abg.	3½	98,60 G.
do. do. V. abg.	3½	93,60 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,00 G.
do. do.	4	102,20 bz G.
do. do.	3½	
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	
do. do. (unkündbar bis 1./1. 2000)	4	100,70 bz
do. do. (rz 100)	3½	94,90 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,00 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	129,50 bz G.
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	102,30 bz G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,50 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,75 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,75 bz
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,25 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,80 bz
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	101,50 G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,30 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	103,00 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	95,20 bz G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,30 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	97,20 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	102,20 bz G.
do. do. do.	3½	96,10 bz G.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	101,50 G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,50 bz G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,00 bz G.
do. do. (rz. 110)	4	101,50 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,75 G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	3	64,50 G.
Berl. Cassenver.	6¼	124,00 bz
do. Handelsges.	7½	141,90 bz
do. Maklerver.	10	126,80 G.
do. Prod-Hdbk.	St.	
Börsen-Hdlsver.	11	141,00 bz
Bresl. Disc.-Bk.	4½	96,40 bz G.
do. Wechslerbk.	4½	96,50 bz
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	5¼	138,25 G.
do. do. Zettel	4¾	
Deutsche Bank	9	160,00 bz G.
do. Genossensch	6	116,50 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	6½	116,00 B.
Disc.-Command	8	186,30 bz
Dresdener Bank	7	143,60 bz G.
Gothaer Grundcreditbank	3½	86,60 G.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	5	96,60 G.
Leipziger Credit	9	159,00 bz G.
Magdeb. Priv.-Bk	4	106,10 G.
Maklerbank	10	112,60 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	132,20 bz G.
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	5	107,00 B.
Mitteld. Crdt.-Bk.	5	100,00 bz G.
Nationalbk. f. D.	6½	117,40 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	82,25 bz
Oester. Credit-A	8¾	172,10 bz
Petersb. Disc.-Bk	8,24	
do. Intern. Bk.	11	
Pomm. Vorz.-Akt	6	113,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	5	
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,10 bz G.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9½	
do. Hyp.-Akt.-Bk	6½	120,00 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	103,75 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	13	
do. Leihhaus	6	86,75 G.
Reichsbank	7,55	147,20 bz G.
Russische Bank	6	
Schles. Bankver.	5½	110,50 G.
Warsch. Comerz	8	
do. Disconto	7,7	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	9	134,75 bz G.
Anglo Ct. Guano	11⅞	153,90 B.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅕	912,00 bz
Bauges. City St.-Pr.	0	84,50 G.
Bauges. Dtsche. Bau	3	78,50 bz B.
Bauges. Hann. St.-P.	4½	70,60 G.
Bauges. Humb.	6	1265 G.
Moabit	8	131,50 bz G.
Passage	3½	65,75 G.
U. d. Linden	0	9,00 bz G.
Berl. Elekt.-W.	9	140,50 bz
Berl. Lagerhof	0	78,00 bz G.
do. do. St.-Pr	3	113,00 bz
Ahrens Br., Mbt.	0	51,00 G.
Berl. Bock-Br.	0	42,50 bz
Schultheiss-Br.	16	226,00 bz G.
Bresl. Oelw.	3	87,50 G.
Deutsche Asph.	4	84,75 G.
Dynamit Trust	11	134,75 G.
Erdmannsd. Sp.	6	93,40 bz
Fraust. Zucker	0	98,00 bz
Glauz. Zucker	12	115,00 B.
Gummi Harburg-Wien	20	252,25 G.
do. Schwanitz	0	167,00 G.
do. Voigt Winde	8	122,10 G.
do. Volpl. Schldt.	5	94,25 G.
Hemmoor Cem.	4	106,30 bz G.
Köhlm. Strk.	4	
Körbisdf. Zucker	12	114,25 G.
Löwe & Co.	18	213,00 B.
Bresl. Linke	13½	137,80 G.
do. Hofm.	13½	
Germ. Vrz.-Akt.	6	89,50 bz G.
Görlitz ov.	8	118,50 G.
Görl. Lüdr.	13	128,10 G.
Grusonwerk	10	179,00 bz G.
H. Pauksch	0	
Schwarzkopff	—	233,50 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	9	107,60 bz G.
Sudenburg	24	206,00 G.
O.-Schl. Cham.	3	70,00 bz G.
do. Port.-Cem.	5½	76,00 bz
Oppeln. Cem.-F.	5½	89,75 bz
do. (Giesel)	6	74,00 bz
Gr. Berl. Pferdb.	12½	214,00 bz G.
Hamb. Pferdeb.	4	94,50 bz G.
Potsd. ov. Pfrdb.	4½	92,50 bz G.
Posen. Sprit-F.	4	84,50 G.
Rositzer Zucker	3	64,75 bz G.
Schles. Cem.	9½	118,40 bz
Stett. Bred. Cem.	4	88,00 G.
do. Chamott	15	195,00 B.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13½	123,25 bz
Berzelius	12	123,50 bz G.
Bismarckhütte	—	133,50 G.
Boch. Gusst.-F.	—	118,70 bz
Donnersmarck	—	80,00 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	57,90 bz
Gelsenkirchen	12	136,90 bz
Hibernia	12	111,50 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	—	37,00 bz G.
Inowracl. Salz	0	40,10 G.
König u. Laura	8	97,25 bz
Lauchham. ov.	—	100,00 G.
Louis. Tief. St.-Pr	—	106,00 bz G.
Oberschl. Bd.	2	49,90 bz
do. Eisen-Ind.	6	114,00 bz G.
Redenh. St.-Pr.	—	11,00 bz B.
Riebeck. Mont.	15	161,00 bz G.
Schles. Kohlw.	0	24,80 bz G.
do. Zinkhütte	18	172,25 bz G.
do. do. St.-Pr.	18	172,25 bz
Stolb. Zink-H.	2	38,40 bz
do. St.-Pr.	7	106,00 bz G.
Tarnowitz ov.	—	36,00 bz B.
do. do. St.-Pr.	0	

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen